

32-6

05

A R B E I T S M A T E R I A L

DES

AKTIONSZENTRUMS UNABHÄNGIGER

UND SOZIALISTISCHER SCHÜLER

Vorstellungen von Politik und Gesellschaft
bei Lehrern

Herausgegeben von der USSG-Frankfurt, Lersnerstr. 13
Tel. (0611) 55 86 27

Vorstellungen von Politik und Gesellschaft bei Lehrern

Die Befunde der Schuluntersuchungen im Frankfurter Institut für Sozialforschung unterstreichen die Notwendigkeit, die Möglichkeiten zu reflektieren, wie die Lehrerbildung an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen verändert werden kann. Das politisch-gesellschaftliche Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl derer nämlich, die unsere Jugendlichen unterrichten und auf die sogenannte Ernstsituation des Lebens vorzubereiten haben, weist spezifische Schranken auf, die den Argwohn berechtigt erscheinen lassen, alle aktuellen Bemühungen um Demokratisierung der Bildungschancen seien von vornherein vergeblich. Ohne die prinzipielle Skepsis zu teilen, müssen wir als Voraussetzung des Erfolges sehr weitreichende, an die Wurzeln des bestehenden Schulsystems nicht nur, sondern des Systems gesellschaftlicher Machtverteilung überhaupt greifende Veränderungsverlangen. Wo diese nicht möglich erscheint, sollte vor Illusionen gewarnt werden. Will man ernsthaft mehr Arbeiterkändern als bisher den Zugang zu den höheren Schulen und den Universitäten ermöglichen, so ist eine Schulreform ebenso unerläßlich wie eine Reform der Lehrerbildung. An der sehr begrenzten Wirksamkeit der bisher in unseren Schulen praktizierten politischen Bildung kann die Berechtigung weiterreichender Veränderungsforderungen eindringlich demonstriert werden; an den Ursachen der geringeren Wirksamkeit ist zu sehen, in welche Richtung solche Veränderungen zu gehen hätten.

Die Wirksamkeit politischer Bildung

Die Untersuchungen des Frankfurter Instituts zeigen: Nur unter bestimmten, selten bereits verwirklichten Unterrichtsbedingungen erreicht die Schule eine Verminderung der politischen Gleichgültigkeit unter den Jugendlichen, baut sie wenigstens die größte Unwissenheit ab und gelangt sie zu einer gewissen Identifizierung mit den Prinzipien und Institutionen der Demokratie. Auch der relativ gute Unterricht erzielt nicht mehr als eine äußerlich bleibende Bereitschaft, sich am Leben der Öffentlichkeit zu beteiligen; die Kenntnisse bleiben insgesamt oberflächlich und punktuell, Sensibilität für problematische Vorgänge in der Politik wird kaum geweckt. Der politische Unterricht ist vor allem ziemlich folgenlos geblieben für die politische Urteilsfähigkeit: Die wenigsten Schüler, gleich welcher Schulart, verfügen über die angemessenen Kategorien, mit denen sie Politik und Gesellschaft zu begreifen vermöchten. Vorherrschend sind die Neigung, das politische und historische Geschehen zu personalisieren - einzelnen Personen (Bismarck, Hitler, Adenauer oder Erhard etwa) zuzuschreiben, was allein aus objektiv gesellschaftlichen Prozessen und Interessenstrukturen zu erklären wäre - die Verwendung biologischer oder psychologischer Kategorien, wo es sich um soziale Phänomene handelt (Kriege werden erklärt aus der "Natur des Menschen"), und ein statisches, unhistorisches Denken, dem sozialer Wandel sich eigentlich nicht erschließt. So bleibt notwendig unbegriffen, wie sich das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft jeweils konkret herstellt und wie es sich in der Geschichte verändert, ja überhaupt was es heißt, daß der Mensch ein soziales Wesen sei. Kaum ist das Potential geschaffen von mündigen Staatsbürgern, die fähig wären, ihre eigene gesellschaftliche Rolle zu verstehen und auch in die Hand zu nehmen. Gleichgültigkeit gegenüber dem Bereich der Politik entspricht einer mehr oder weniger apathischen, gelegentlich auch schon resignativen Hinnahme dessen, was ist. Passives Hinnehmen der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie sind, bedeutet aber unter anderem auch Hinnehmen der sozialen Unterschiede, der Privilegierung oder Diskriminierung beim Zugang zu höherer Schulbildung als quasi naturwüchsiger Verhältnisse.

Die Voraussetzung bei den Lehrern

Der Befund insgesamt geringer Wirksamkeit des politischen und sozialkundlichen Unterrichts verlangt, nach den Ursachen zu fragen. Die Studien zeigen, daß sowohl in der Konzeption der politischen Bildung, wie in den Unterrichtsmitteln und in der bisher praktizierten Lehrerausbildung erhebliche Schranken bestehen, die ein rationales und damit kritisches Verhältnis der jungen Menschen zu gesellschaftlichen Realität verhindern. Bei einer Analyse des Lehrerbewußtseins ist zu beachten, daß keineswegs die Lehrer selbst zu Sündenböcken für die unbefriedigende Praxis des Unterrichts gestempelt werden sollen. Vielmehr geht es darum, die Bedingungen zu benennen, unter denen dieser Unterricht erteilt wird, und die verändert werden müssen, will man das wirklich erreichen, was offiziell beteuert wird: über die Erziehung zum demokratischen Staatsbürger eine Demokratisierung der Gesellschaft zu unterstützen.

Die Voraussetzungen zu solcher Erziehung bestehen bei den Lehrern bisher kaum. Die überwiegende Mehrzahl verfügt über keine wissenschaftliche Ausbildung, um die notwendigen sozialwissenschaftlichen Aspekte im Schulunterricht überhaupt sichtbar werden zu lassen. Im allgemeinen werden die Urteile über politische und gesellschaftliche Sachverhalte und Zusammenhänge gesteuert von vor-wissenschaftlichen Einstellungen, bleiben im Bereich der Vor-Urteile. Vorstellungen die der Lehrer aufgrund seiner sozialen

Herkunft, aus den Mittelschichten, seiner sozialen Stellung als Beamter, und aufgrund seiner eigenen Ausbildung am noch immer bildungshumanistisch orientierten Gymnasium und an der Hochschule hat, geben im allgemeinen unreflektiert den Maßstab ab, mit dem er die sozial bedeutsamen Themen behandelt und beurteilt.

Ein zentraler Untersuchungsbefund ist, daß die Lehrer in ähnlichen Kategorien denken wie die Schüler: auch bei ihnen sind die Phänomene der Personalisierung, Psychologisierung und Biologisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zu beobachten, die sich also schwerlich damit erklären lassen, daß Jugendliche notwendig durch diese Bewußtseinsstufen hindurchgehen müssen, um dann als Erwachsene zum adäquaten Denken zu gelangen. Vielmehr gehören sie zu den gesellschaftlich vorherrschenden Schichten des bürgerlichen, sogenannten gebildeten Mittelstandes verbreiteten Denkweisen, die durch die Lehrerausbildung nicht aufgelöst werden.

Das Verhältnis der Lehrer zu Politik und Gesellschaft

Charakteristisch auch ist ein "idealistisches" Verhältnis zur Politik. Die Auffassung, daß "wahre" Politik sich nicht mit den Interessen einzelner Gruppen, sondern unmittelbar mit dem sogenannten Gemeinwohl, mit dem Interesse der "Gemeinschaft" oder des Staates zu beschäftigen habe, ist typisch. Leicht wird dann vom rechten Verhalten des Einzelnen abhängig gemacht, ob das Ganze in Ordnung ist: von seiner Anständigkeit, von seinem Wohlverhalten, seiner partnerschaftlichen Gesinnung und dergleichen. Erfahrungen aus dem primären Lebensbereich, der Familie zumal, werden bruchlos übertragen auf die des sekundären: die Institutionen der Wirtschaft und des Staates. Der Gedanke, Politik könne legitimerweise etwas zu tun haben mit der organisierten Durchsetzung materieller Interessen, ist der Mehrzahl der befragten Lehrer fremd und zuwider. "Richtig" verstandene Politik müsse frei sein von "parteilichem Gezänk", von Einseitigkeit und "Interessenvertreterei"; es komme auf den überparteilichen Standpunkt an.

Mit dem Anspruch, sich "für das Gemeinwohl und das Ganze verantwortlich" zu fühlen und deshalb keiner politischen Richtung verpflichtet zu sein, rechtfertigt die Mehrzahl der Lehrer auch ihre Zurückhaltung gegenüber politischen Stellungnahmen im Schulunterricht. Überparteiliches Pathos, Orientierung am unpolitischen Ideal der humanistischen Bildungstradition hat bei ihnen allenfalls abstrakte Demokratie-Bekennnisse zur Folge. Wenn Stellung genommen wird zu aktuellen Themen, so geschieht das meist in der Weise unverbindlich, als auf den streng privaten, fast zufälligen Charakter subjektiver Meinungsäußerung verwiesen wird. Es scheint darüberhinaus, daß die - mit der Stellung der Schule in der Gesellschaft schließlich zu erklärende - Neutralität der Lehrer nur an der Oberfläche durchgehalten wird. Für ihr Verhältnis zum Problem der Bildungschancen von Arbeiterkindern ist das recht bedeutsam. - Im Unterricht werden Fragen gesellschaftlicher Schichtung, sozialer Konflikte und das Thema Gewerkschaften entweder umgangen oder unbewußt von der Sicht einer mittelständischen Interessenlage her interpretiert. Im Falle der Gewerkschaften und der Lohnkonflikte etwa wurden mehr gewerkschaftsfeindliche als -freundliche oder neutrale Einstellungen beobachtet. Der Scheincharakter von Objektivität tritt gelegentlich ganz deutlich zutage, ohne daß er den Lehrern selbst bewußt würde. So fehlt ihnen oft einfach die Voraussetzung sozialwissenschaftlicher Vorbildung, die ihnen erlaubte, etwa die Funktion von Streiks und das Verhältnis von Löhnen und Preisen sachlich darzustellen und aus der besonderen Struktur unserer Gesellschaft und ihres Wirtschaftssystems erklären zu können. Die latente Furcht der Mittelschichten, "nivelliert" zu werden, läßt den Lehrern die Gewerkschaften und das Bemühen der Arbeiterklasse, sozial bessergestellt zu werden und die Wirtschaft zu demokratisieren, eher als eine Bedrohung erscheinen.

Forderungen an die Lehrerausbildung

Die entscheidende Voraussetzung für einen größeren Erfolg sowohl des politischen Unterrichts als auch der Begabtenförderung in den unteren sozialen Schichten liegt in strukturellen Änderungen der Schule überhaupt und in einer umfassenden Reform der Lehrerbildung. Zu den zentralen Aufgaben einer solchen veränderten Lehrerausbildung gehörte, die zukünftigen Lehrer sensibel zu machen für den Zusammenhang zwischen Politik und Gesellschaft und zwischen den sozialen Chancen der Einzelnen und der Schichtung der Gesellschaft; sie über die eigenen sozialen Interessen und die der Angehörigen anderer Bevölkerungsgruppen las sozial verursachten aufzuklären, sie aufzuklären über ihr eigenes "Gesellschaftsbild", wie über das soziale Sein und Bewußtsein ihrer Schüler, und schließlich ihnen einen Begriff zu vermitteln vom Verhältnis der sozialen Normen, die die Schule vermittelt, zu dem gegebenen sozialen System und dessen politische und ökonomische Machtverteilung.

Unterrichtsmethoden und Didaktik sind von solcher Reform nicht ausgenommen: was als typischer Zug im Denken der Jugendlichen zu beobachten ist - Auseinandersetzungen in der Demokratie als bloße Differenz subjektiver Meinungen zu verstehen-- das wird leicht gefördert durch jene Analogien, die aus dem primären Bereich sozialer Beziehungen umstandslos übertragen werden auf den sekundären. Das Charakteristikum der "großen Politik" und der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, die es mit verschiedenartigen Interessen und deren für jeden kosequenzenreichen Kampf um Einfluß zu tun haben, wird mit Demokratie-Spielen in der Schulklasse kaum veranschaulicht werden können. Solche Modelle mögen sogar eher verdummen als aufklären, da objektiv-gesellschaftliche Funktionszusammenhänge prinzipiell aufgelöst werden in subjektives Handeln.

Energisch zu fördern wären Ansätze in der neuesten pädagogischen Diskussion, die starre Entwicklungsgesetzlichkeiten der psychologischen Reifung aufgeben und als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen die Tatsache nehmen, daß der Mensch ein soziales Wesen ist, Lernprozesse entscheidend davon abhängen, in welcher sozialen Umgebung und unter welchen Denkvorstellungen sie geschehen. Wenn die Lehrer Kenntnis nehmen von den modernen Forschungen auf diesen Gebieten, etwa den Untersuchungen Basil Bernsteins über die sprachlich vermittelte Behinderung der Arbeiterkinder an höheren Schulen, oder den hier skizzierten über die latent arbeitfeindliche Bewußtseinslage der meisten unserer Befragten aus allen Schularten, dann ist vielleicht zu erwarten, daß ihre gesellschaftlich verursachten Vorurteile, für die sie bislang kaum Schuld tragen, der eigenen kritischen Überlegung nicht länger standhalten.

auf der Bundestagung der SMV, die vom 6.-10. April in Falkenstein stattfand, erarbeiteten SMV-sprecher diese Resolution. Sie wurde von der Versammlung wegen der erbitterten Gegenwehr der meisten Vertrauenslehrer nicht angenommen.

Wir senden diese Resolution nun allen befreundeten Gruppen. Wir schlagen örtliche Arbeitskreise mit Klassensprechern vor.

gez. i.A.

Ulrike Lauer

Resolutionsentwurf

In unserer Gesellschaft ist die Schule nicht nur Einrichtung zur Verteilung sozialer Chancen, sondern auch ein Instrument zur Sicherheit bestehender Herrschaft. Sie ist entsprechend den Strukturen des Herrschaftssystems autoritär organisiert. Die Demokratisierung der Schule und die Demokratisierung der Gesellschaft bedingen sich wechselseitig und stoßen auf den Widerstand gegen die Veränderung von Machtverhältnissen derjenigen, die ein Interesse daran haben die Erziehung kritischer und selbständig denkender Individuen, die in der Lage sind, Kontrolle und Steuerungen nach unten zu verlegen und so herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen, zu verhindern.

Demokratisierung finden dort statt, wo Menschen selbst zunehmend über Inhalte und Formen ihres Lebens zu bestimmen vermögen.

Eine demokratische Schule müsste folglich die ihr angehörenden befähigen, über Stoff und Methoden der in ihr organisierten Lernprozesse selbst zu entscheiden. Ihre erste Aufgabe wäre also, die Schüler in Stand zu setzen, Lernziele und Lernmethoden in ihrer Bedeutung zu verstehen, sie kritisch zu beurteilen, und die vorhandenen und noch zu schaffenden Wahlmöglichkeiten rational zu nutzen.

Mit der Selbstbestimmung der Lernenden wird Demokratie in der Schule verwirklicht. Traut sich die Schule in ihrer pädagogischen Absicht dies Ziel der Selbstbestimmung der Lernenden und Lehrenden gar nicht erst zu, verzichtet sie uneingestanden auf Demokratie.

Herrschaft über Lernende und Lehrende wird mittels Strafen, Sanktionen, Versetzungen und autoritären Lehrerverhaltens ausgeübt. So unterwürfige Schüler und Lehrer versetzen sich derart gegenseitig in Angst, die in diesem Prozeß zum fragwürdigen Lehr- und Lernverhältnis wird.

Diese Wechselbeziehung verhindert den Prozeß der Demokratisierung, verhindert das Entstehen kritischen, rationalen Bewußtseins bei Lehrern und Schülern.

Sie ist Sabotage am erklärten Lernziel der Schule.

Aus der Analyse ihres eigenen Beispiels vermöchte die Schule rationales Durchdenken gesellschaftlicher Zusammenhänge zu lehnen und zwar durch Darstellung der Verflechtung von Lern- und Herrschaftsprozessen. Die Schule selbst zum Gegenstand von Lernprozessen zu machen, heißt notwendig sie verändern. Die notwendigen Veränderungen schließen ein:

Objektivierung der Lernprozesse und ihre Kontrolle durch programmierten Unterricht - damit lassen sich Informationen vermitteln, selbstaktivierende Lernformen fördern, die Grundlagen für schöpferisches Denken legen.

2. Seite der SMV-Resolution

2. Einführung von Projekt- und Kurssystem und Gruppenunterricht.
3. Befähigung zur Kritik der Unterrichtsmethoden und Veränderung der Rolle des Lehrers, der als Sachverständiger Anreger von Lernprozessen sein Informationsmonopol aufgibt.
4. Bewußtmachen gruppenspezifischer Prozesse durch Institutionalisierung von Kritik und Selbstkritik.
5. Bewußtmachung der ständig vorgangenen Konfliktsituation in der Schule, d.h. 1. ständiges Infragestellen sittlicher Werthaltungen sozialer Normen und Institutionen. 2. Verdeutlichung, Diskussion und ständige Konfrontation gegensätzlicher Interessen. 3. Politisches Handeln der Schüler im aktualisierten Konflikt bei faktischer Gleichstellung der beteiligten Gruppen.
6. Volle Grundrechte auch in der Schule, i.e. Abschaffung der Disziplinarstrafen, Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlung, politische Organisation, Demonstration und Streik.
7. Qualifizierte Mitbestimmung der Schüler bei den sie betreffenden Angelegenheiten u.a. bei der Auswahl der Unterrichtsmittel- und methoden, der Unterrichtsplanung und der Lehrerauswahl. Mitwirkung der Schüler bei Klassen, Schulgesetzten, Lehrplänen, didaktischen und methodischen Richtlinien in paritätischen Ausschüssen.
8. Integrierte Gesamtschule und Collegesystem mit polytechnischem Unterricht, Umstrukturierung der Lehreraus- und fortbildung.

Konsequenz dieser Forderung ist: die Aufhebung des formaldemokratischen und bürokratischen Aufbaus der SMV und dessen Ersatz durch ein realdemokratisches System (Rätemodell). D.h., Entscheidungen zu fassen, ist alleinige Aufgabe der Vollversammlung der Schüler. Die Vollversammlungen beauftragen Schülerräte, die im Gegensatz zu den jetzigen Schülervertretungen ständig von allen Schülern kontrolliert werden, konkrete Beschlüsse der Vollversammlung durchzuführen. Ihre Aufgabe beschränkt sich auf Exekutivfunktionen mit direktem beschränktem Mandat. Damit wird verhindert, daß die gewählten Vertretungen der Schüler personifiziert der Repräsentation der Schulautorität ausgeliefert sind.

wenn sich Politiker, Minister, Bürokraten und Manager dagegen wehren, diese Forderungen zu erfüllen, müssen die Schüler ihre Erfüllung erzwingen und sich endlich selbst für ihre eigenen Interessen einsetzen, d.h. sie müssen publizieren, demonstrieren (provozieren) und streiken.